

**Niederschrift**  
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und  
Soziales  
von Montag, 14.11.2016,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:           14:00 Uhr  
Ende der Sitzung:            17:35 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.**

**Für den in der Zeit von 17:36 Uhr bis 17:38 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Ausschussmitglieder**

Frau Edeltraud Fecher  
Frau Sabine Kettinger  
Frau Hannelore Kreuzer  
Herr Edwin Lieb  
Herr Dr. Heinz Linduschka  
Frau Karin Passow  
Herr Engelbert Schmid  
Herr Erich Stappel

**Stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Roland Eppig	Vertretung für Frau Susanne Wörner bis 16:25 Uhr
Herr Dr. Heinz Kaiser	Vertretung für Frau Monika Wolf-Pleißmann
Herr Stefan Schwab	Vertretung für Herrn Karl Josef Ullrich

**Entschuldigt gefehlt haben:**

**Ausschussmitglieder**

Frau Ingrid Ballmann  
Herr Ulrich Frey  
Herr Karl Josef Ullrich  
Frau Monika Wolf-Pleißmann  
Frau Susanne Wörner  
Herr Wolfgang Zöllner

**Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Herr Dr. Dittmeier, Leiter Abt. 2	zu TOP 7
Frau Fleischmann, Kulturreferentin	zu TOP 4 und 5
Frau Hörnig, Leiterin UB 3	
Frau Jung, Seniorenfachkraft	zu TOP 1
Frau Susanne Seidel, Leiterin UB 1	
Frau Judith Seidel, Geschäftsstellenleiterin Gesundheitsregion <sup>plus</sup>	zu TOP 7

Herr Steinbart, Bildungsmanagement und Bil- zu TOP 3  
dungsmonitoring

Herr Vill, Leiter SG 23 zu TOP 6

Frau Zeug, Koordinatorin für Neuzuge- zu TOP 2  
wanderte

Frau Zipf-Heim, Schriftführerin

**Tagesordnung:**

- 1 Vorstellung der neuen Seniorenfachkraft Christina Jung
- 2 Vorstellung der neuen Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte, Frau Heidrun Zeug
- 3 Vorstellung Herr Steinbart, Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring
- 4 Vorstellung und Ausblick Kulturarbeit
- 5 Sachstand Sommerrausch
- 6 Koordinationsstelle für Ehrenamtliche im Bereich Asyl im Landkreis Miltenberg – Umsetzung der „Ehrenamtskoordinatorenrichtlinie“
- 7 Bewerbung bei der AOK Bayern um finanzielle Förderung einer Präventionsfachkraft
- 8 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

### **Vorstellung der neuen Seniorenfachkraft Christina Jung**

Landrat Scherf erklärt, dass die Seniorenarbeit im vergangenen Jahrzehnt einen zu Recht sehr hohen Stellenwert im Landkreis Miltenberg erhalten habe. Man habe ein sehr aktives Seniorennetzwerk und aus dem vergangenen Jahrzehnt ein sehr gutes, mit viel Mühe und Engagement erarbeitetes Seniorenpolitisches Gesamtkonzept, das natürlich im Rahmen der integrierten Sozialplanung auch seiner Evaluation und Weiterentwicklung harret. Von daher ist es folgerichtig, dass man sehr froh sei, heute die neue Seniorenfachkraft vorstellen zu können. Man benötige eine Vernetzungsstelle im Landratsamt.

Landrat Scherf heißt Frau Jung willkommen und erteilt ihr das Wort.

Frau Jung stellt sich und ihre Ziele vor:

#### Zur Person

Christina Jung ist seit dem 01.10.2016 als Nachfolgerin von Nadja Schillikowski in der Fachstelle Altenhilfeplanung und allgemeine Seniorenarbeit im Landratsamt Miltenberg angestellt.

Zuletzt war sie neun Jahre als Sozialarbeiterin an der Uniklinik in Freiburg im Breisgau insbesondere für die Beratung von Menschen mit einer Krebserkrankung und für Patientinnen der Frauenheilkunde (inklusive Geburtsklinik) tätig. Dabei war ein nicht unerheblicher Teil ihrer Arbeit die Beratung und Begleitung von Seniorinnen und Senioren und hochaltrigen Menschen sowie deren Angehörigen. Der Wechsel hierher bedeutet für mich eine inhaltliche Neuausrichtung und natürlich auch Einarbeiten in einen für mich neuen Landkreis mit all seinen lebendigen Strukturen und Besonderheiten.

Frau Jung freut sich auf die neue Aufgabe und die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen im Bereich der Seniorenarbeit.

#### Erste Zielsetzungen

1. Regelmäßige Veranstaltung des Seniorennetzwerks (2x jährlich), erstmalig wieder für Anfang 2017 geplant. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.
2. Evaluation des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes für den Landkreis Miltenberg gemeinsam mit dem ebenfalls beim Landkreis beschäftigten Sozialplaner Gerald Hodapp. Die Arbeiten für die Konzeptfortschreibung sollen ebenfalls voraussichtlich Anfang 2017 beginnen. In diesem Zusammenhang soll auch die Aktualisierung des Seniorenwegweisers erfolgen.
3. Fortsetzung der Workshops zur Schulung von Gemeindebediensteten in Kooperation mit Konrad Schmitt von der Beratungsstelle für Senioren und pflegende Angehörige, sofern leistbar bereits 2017.
4. Initiierung themenbezogener öffentlicher Veranstaltungen in der weiteren Zukunft

Für Ihre Fragen und Anliegen steht Ihnen Frau Jung gern zur Verfügung. Sie erreichen sie in

der Regel Montag bis Donnerstag von 9.00 – 13.30 Uhr sowie per Email: [christina.jung@ira-mil.de](mailto:christina.jung@ira-mil.de).

Kreisrätin Kreuzer, die Seniorenbeauftragte von Kleinwallstadt, habe eine neue Seniorenfachkraft sehnlichst erwartet. Sie habe sehr gute Erfahrungen mit Frau Schillikowski gemacht und äußert den Wunsch, dass Frau Jung auch intensiv die Workshops weiterführe. Man sei auch für diese Treffen raus in die Kommunen gegangen wie z.B. in die Zehntscheune. Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept sei ein sehr teures Werk gewesen, der Landkreis habe dafür viel Geld investiert. Sie sei sehr froh, dass es nun weitergehe. Kreisrätin Kreuzer heißt Frau Jung im Landkreis willkommen.

### **Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 2:

#### **Vorstellung der neuen Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte, Frau Heidrun Zeug**

Landrat Scherf geht auf die Lehrerversorgung ein, die vermehrt Thema in der Presse gewesen sei. Er habe sich, nachdem Schulen, Fraktionen und Bürgermeister ihn angesprochen hätten, über Staatsminister Bausback an die Staatsregierung gewandt und vergangene Woche ein Antwortschreiben bekommen. Staatsminister Bausback versichert Landrat Scherf in diesem Schreiben, dass er sich persönlich an den Kabinettskollegen Dr. Spaenle gewandt habe. Die Regierung von Unterfranken habe sich darum gekümmert, dass im Schuljahr 2016/2017 die Schulen umfänglich mit Personal versorgt worden seien. Es werde auch detailliert auf die Situation der Einstellungen eingegangen. Alle Prüflinge und Wartelistenbewerber hätten ein Einstellungsangebot erhalten. Oberbayern benötige mehr Lehrkräfte als die übrigen Regierungsbezirke. Das Kultusministerium weist darauf hin, dass in den vergangenen 24 Jahren der Anteil der Schüler/innen an den Grund- und Mittelschulen in Oberbayern von 29% auf knapp 35% gestiegen sei, während der Anteil der unterfränkischen Schüler/innen von 11,9% auf 9,8% gesunken sei. Sämtliche 195 Bewerber für das Lehramt an Grund- und Mittelschulen in Unterfranken ein Anstellungsangebot bekommen hätten, davon allerdings 128 mit Verwendung im Regierungsbezirk Oberbayern. Herr Bausback endet damit, dass er zuversichtlich sei, dass zumindest für das Schuljahr 2016/2017 eine ausreichende Lehrerversorgung am Bayerischen Untermain gegeben sei. Wenn er in dieser Sache noch in irgendeiner Weise unterstützend tätig sein könne, solle Landrat Scherf es ihm wissen lassen.

Landrat Scherf würde sich mit dem Einverständnis des Gremiums noch einmal in diesem Jahr an den Staatsminister wenden. Dieses Jahr seien die Stellen besetzt und die Stundenversorgung sei rechnerisch sichergestellt. Insgesamt habe man aber aufgrund der geographischen Lage Bayerischer Untermain die sehr schwierige Situation, dass zu Schuljahresbeginn bis zu 1/4 aller Lehrer/innen ausgetauscht würden, was für ein kontinuierliches Arbeiten sehr schwierig sei. Landrat Scherf würde gerne die Aussage des Ministers aufgreifen, dass für dieses Schuljahr die Versorgung gesichert sei. Im Hinblick aber auf die kommenden Jahre rechtfertige dieses strukturelle Defizit einen besonderen Blick des Staatsministeriums für Bildung, Unterricht und Kultus.

Kreisrat Schmid betont, dass es grundsätzlich nicht um die statistisch korrekte Lehrerversorgung im Landkreis Miltenberg. Seit Jahren bemühe man sich, und er könne sich nicht erklä-

ren, warum die besondere Problematik am Bayerischen Untermain nicht bei der Politik ankomme. Es gehe um die Fluktuation, um die mangelnde Konstanz in diesem Bereich und um die überproportional hohe Versorgung mit Angestellten- und Zeitarbeitsverträgen, die nur auf ein Jahr befristet seien. Dies sei der gravierende Unterschied, warum man hier in der Region von den gleichwertigen Lebensbedingungen in Bayern entfernt sei. Dies habe enorme Auswirkungen in der Zukunft auf die Führungspositionen.

Kreisrat Dr. Linduschka fügt hinzu, dass wenn man sich die Situation anschau, sei es auch in vielen Fällen mit der Versorgung alles andere als gut bestellt. In der Grund-, und Mittelschule in Elsenfeld kämen relativ kurzfristig und ohne großes Vorwarnen zusätzliche Kinder aus dem Bereich Asyl und Flüchtlinge dazu. Diese werden in Klassen gesetzt, die zum Teil schon 27 oder 28 Kinder groß seien. Alleine vom Platz her sei das Volumen bereits längst ausgereizt, und dann kämen noch Kinder hinzu. Er möchte eine Lanze für die Kolleg/innen der Grund- und Mittelschule brechen. Es sei eine tolle Leistung, wie diese ohne Klagen alles auf sich nähmen. In Elsenfeld seien in der Grundschule Klassen mit zwölf verschiedenen Sprachen. Innerhalb weniger Tage kämen noch einige Kinder hinzu, die gerne aufgenommen würden, die aber nicht lesen und schreiben könnten. Diese Problematik solle man auch im Auge behalten.

Landrat Scherf sagt, dass die Wirtschaftsstruktur des Landkreises mit dem hohen Fachkräftebedarf, mit zu berücksichtigen sei. Man habe in den Übergangsklassen schon bemerkt, dass die Kinder, die nicht Deutsch könnten, nicht nur Flüchtlingskinder seien, sondern auch viele Kinder aus Familien seien, die als Fachkräfte hier im Landkreis sesshaft würden.

Kreisrätin Passow sagt, dass die Fluktuation daher komme, dass die Lehrer, die in Würzburg ausgebildet würden und z.B. im Landkreis Haßberge beheimatet gewesen wären, dort auch wieder zurückwollen. Die Lehrer würden nicht abgezogen, sondern sie würden sich oftmals wegbewerben. Dies könne man nicht verhindern.

Landrat Scherf sagt, dass Kreisrätin Passow damit das strukturelle Problem abspreche, dass aus Oberbayern Lehrkräfte nach Unterfranken wollten, und weil der Lehrkräftebedarf in Unterfranken, in einem signifikanten Ausmaß fast nur am Bayerischen Untermain, bestehe, bekomme man dann Lehrkräfte aus dem Landkreis Haßberge oder aus dem Landkreis Rhön-Grabfeld, die dann rein statistisch gesehen Rückkehrer nach Unterfranken seien, aber wiederum auch Lehrkräfte, die nicht an den Bayerischen Untermain wirklich wollen, sondern dahin zurück. Daher habe man für die Region wieder die Problematik, dass man junge Lehrkräfte verliere, weil sie, statt das Angebot in Oberbayern anzunehmen, weil sie dann beim Land Hessen, in Rheinlandpfalz oder Baden-Württemberg, eine verbeamtete Lehrerstelle annehmen. Dies falle dann auch wieder in den Bereich von Statistik. Dies falle in der gesamt-bayerischen Statistik nicht auf. Wenn man aber die Situation am Bayerischen Untermain betrachte, dann habe man hier eben einen großen Aderlass an jungen Lehrkräften.

Kreisrat Schmid ergänzt, dass im Landkreis Miltenberg jedes Jahr mindestens die Zahl der jungen Leute ausgebildet würde, die man auch jedes Jahr neu einstellen dürfte, weil sie benötigt würden. Im vorletzten Schuljahr habe man zum ersten Mal alle jungen Leute behalten dürfen, die hier bleiben wollten. Dies sei ein Signal und eine Botschaft gewesen, wo alle davon ausgegangen seien, dass es jetzt verstanden worden sei und der richtige Weg beschritten werde. Dieses Jahr sei es allerdings wieder gnadenlos zurückgefahren worden. Er habe keine Erklärung dafür, Obwohl die Region die Leute aufgrund von Pensionierungen und überproportional vielen Angestelltenverträgen brauche.

Kreisrat Stappel möchte wissen, ob die Problematik der fehlenden Lehrkräfte in erster Linie den Landkreis Miltenberg, oder auch Stadt und Landkreis Aschaffenburg betreffe.

Landrat Scherf erwidert, dass es ein Problem des Bayerischen Untermainns sei. Die Bitte an Staatsminister Bausback sei eine gemeinsame Initiative mit Bürgermeisterin Euler aus Aschaffenburg gewesen.

Landrat Scherf sichert zu, die inhaltlichen Rückmeldungen der Mitglieder des Ausschusses in ein Antwortschreiben an Staatsminister Bausback aufzunehmen und um weitere Unterstützung zu bitten.

Landrat Scherf sagt, dass man im Landkreis Miltenberg eine besondere Situation habe. Neben der Situation, dass man viele Flüchtlinge und Flüchtlingskinder im Landkreis habe, die die Sprache lernen müssten, die Bildungsangebote bräuchten, habe man aufgrund der Wirtschaftsstruktur des Landkreises auch immer sehr viele EU-Ausländer. Es gebe eine sehr große, fast nicht mehr überschaubare Anzahl von Bildungsangeboten für Zuwanderer. Dies rufe nach Koordinierung. Deswegen freue er sich, die neue Bildungskoordination für Neuzugewanderte, Frau Zeug, vorzustellen.

Frau Zeug stellt sich vor.

Zur Person:

Seit 10.10.2016 hat Frau Heidrun Zeug die Position Bildungskoordination für Neuzugewanderte im Landratsamt Miltenberg inne.

Frau Zeug hat Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Sie arbeitete für Programme der Welthungerhilfe und Weltbank in Afrika und Indien. Ehrenamtlich berät sie seit einem Jahr höherqualifizierte Geflüchtete zu Studium und Anerkennung akademischer Qualifikationen in der Region. Frau Zeug leitete zuletzt das „Academic Welcome Program for highly qualified refugees“ der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Aufgaben:

1. Förderung des Zugangs zu Bildung und beruflicher Integration für Geflüchtete;
2. Identifizierung bestehender Bildungshintergründe und -bedarfe für Neuzugewanderte;
3. Herstellung von Transparenz über Bildungs- und Beratungsangebote vor Ort;
4. Vernetzung zwischen den Bildungsakteuren in der Region und
5. Weiterentwicklung bestehender Bildungsangebote für Neuzugewanderte.

Kontaktdaten:

Heidrun Zeug, heidrun.zeug@lra-mil.de

**Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 3:

### **Vorstellung Herr Steinbart, Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring**

Landrat Scherf bemerkt, dass im Bereich der Politik nichts so oft zitiert sei wie die Bildung als Grundlage für die Zukunftsfähigkeit. Vor zwei oder drei Wochen habe im Handelsblatt gestanden, dass untersucht worden sei, dass keine finanziellen Investitionen eine so hohe

Rendite werfen würden wie die Investition in die Bildung. Wenn der Landkreis Miltenberg die Stärke der Wirtschaftsstruktur behalten wolle, dann brauchten unsere Unternehmen sehr gut ausgebildete junge Menschen, die dazu in der Lage seien. Deswegen sei es verständlich, dass der Freistaat Bayern u.a. den Landkreisen und kreisfreien Städten ganz dringend empfohlen habe, sich zu Bildungsregionen zu entwickeln.

Für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus der Bewerbung zur Bildungsregion sei im Landratsamt sei auch Herr Steinbart zuständig.

Herr Steinbart stellt sich und den Inhalt seiner Aufgaben vor.

Zur Person:

Tim Steinbart hat am 01.06.2016 die Aufgabe „Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring“ übernommen. Die anfallenden Personalkosten werden für drei Jahre zu 50% vom Bund gefördert.

Er ist seit einem Jahr im Landkreis, wo er bis Juni 2016 die Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete des Landkreises Miltenberg geleitet hat. Er erwarb sein Diplom in Soziologie an der Universität Bamberg.

Kontakt:

Telefon: 09371 501-431

Email: [tim.steinbart@lra-mil.de](mailto:tim.steinbart@lra-mil.de)

Drei übergeordnete Ziele des Bildungsmanagements seien Bildungsgerechtigkeit, Transparenz und Effizienz des Bildungssystems.

Konkret könne zu den Aufgaben gehören, eine Bestandsaufnahme zu machen. Häufig gebe es keinen Überblick, was es an Bildungsangeboten gebe. Er strebe an, Bildungszuständigkeiten und Aktivitäten zusammenzuführen, zu bündeln und relevante Schlüsselakteure zusammenzubringen. In der Hauptsache gehe es darum, strukturierte Informationen bereit zu stellen und gegebenenfalls mit Kooperationspartnern neue Bildungsangebote zu entwickeln.

Mit dem Bildungsbegriff sei gemeint, von der Wiege bis zu Bahre, also von der frühkindlichen Bildung, die in der Krippe losgehe, bis in den Bereich Erwachsenenbildung sowie auch der Bereich, der eher informell funktioniere, außerhalb der stark institutionalisierten Bildungsbe-  
reiche wie in Schulen.

Im Bereich Bildungsmonitoring gehe es darum, kontinuierlich und methodisch abgesichert Informationen über das Bildungssystem bereit zu stellen. Diese Informationen erhalte man durch die Fragestellung, wer erreicht werde, in welchem Umfang und mit welchen Verläufen und mit welchen Ergebnissen. Es solle die Funktion haben, letztlich Diagnosen zu stellen, wo Probleme, Handlungsfelder und Optimierungsbedarfe seien. Man könne als Folge erkennen, in welchen Bereichen man schon besonders gut aufgestellt sei. Letztlich seien die Bereiche Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring komplementär.

Weiterhin solle ein Effekt sein, dass Bildungsdiskussionen und –diskurse eine objektive Grundlage erhalten würden, weil einfach aufgrund von Zahlen die Diskussionen optimiert werden könnten.

Kreisrat Dr. Linduschka findet die Darstellung sehr abstrakt. Er sei bisher der naiven Ansicht gewesen, dass Bildungspolitik eine zentrale Aufgabe des Freistaates Bayern sei. Dort würden nicht nur die Zuständigkeiten liegen, sondern dort würden auch die Möglichkeiten liegen, etwas zu verändern. Er würde gerne konkret von Herrn Steinbart wissen, was er als Bil-



dungskoordinator speziell im Landkreis Miltenberg tun könne und solle, was der Freistaat nicht tun würde. Er möchte wissen, wo die Lücken seien, die der Freistaat nicht fülle, und auch Lücken, die nicht Aufgabe des Freistaates Bayern seien, sie zu füllen. Nach 40 Jahren Unterrichtstätigkeit habe Kreisrat Dr. Linduschka immer den Eindruck gehabt, dass fast alles im Bereich Bildung vom Freistaat Bayern vorgeschrieben werde. Er fragt, wo noch Freiräume seien, um auf Ebene des Landkreises etwas zu tun, was man mit Herrn Steinbart als Bildungskoordinator sinnvoll füllen könne.

Landrat Scherf erwidert, dass er nicht von Freiräumen, sondern von Lücken sprechen würde, die sich auftun. Eher könne man kritisch nachfragen, warum der Freistaat Bayern dem Landkreis den Auftrag gebe, Bildungsregion zu werden. Man solle sich um etwas kümmern, wofür der Landkreis nicht zuständig sei. Eine Lücke sei, wenn man sich beim Übergang von Schule ins Berufs- oder Arbeitsleben anschau, wer verloren gehe. Man habe z.B. die Absichtserklärung mit dem Papier „Jugend stärken“, wo Jobcenter, Arbeitsagentur, Schulamt, Sozialamt, Jugendamt mit an einem Tisch sitzen würden, weil man wisse, dass es dort eine Problematik gebe. Rein von dem Bildungssystem her sei es so, dass wenn jemand nicht vom Bildungssystem erreicht werde, der gehe in eine Arbeitslosenklasse, die sogenannte JoA-Klasse. Selbst wenn die jungen Leute dann nicht in die Berufsschule gingen, sei es im Endeffekt egal, denn sie seien damit raus aus der Statistik. Hier könne die Arbeit von Herrn Steinbart helfen, genau zu definieren, wo die Verluste seien. Bei Menschen, die langzeitarbeitslos seien, sei es auch eine Frage der Bildung. Da organisiere der Staat auch relativ wenig. Dort habe man die Möglichkeit eher positiv gesehen, dass das Jobcenter viel mehr Möglichkeiten und Freiräume zur kreativen Gestaltung habe als doch die sehr starren Vorgaben der Agentur für Arbeit.

Kreisrat Schwab findet die Beschreibung auch sehr abstrakt. Es gebe Übergangsbereiche vielleicht von Schule in Beruf, wo er sich vielleicht etwas vorstellen könne, aber dieser Bereich sei eigentlich auch schon besetzt. Kreisrat Schwab könne nicht nachvollziehen, welche Tätigkeiten Herr Steinbart aufgreifen wolle.

Landrat Scherf konkretisiert, dass es darum gehe, gemeinsam mit Landkreis und Stadt Aschaffenburg eine dynamische Plattform über Bildungsangebote in der Region Bayerischer Untermain zu schaffen. Man müsse bei der Vielfalt der Wege, die es in Bayern gebe, wissen, wo der Weg sei. Zum anderen werde für die nächsten Jahre im Landkreis Miltenberg ein großer Schwerpunkt sein, zu ermitteln, wo uns junge Leute „verloren“ gehen. Man habe dahingehend mit der Jugendsozialarbeit an Schulen begonnen. Gerade auf dem Weg von der Schule in die berufliche Ausbildung gingen die jungen Leute verloren. Hier könne es dem Landkreis helfen, wenn man ganz genau die Bildungsbiographie verfolgen und erfassen könne, um an diesen Teil der jungen Menschen heran zu kommen.

Kreisrätin Passow möchte wissen, wie viele Auszubildende im Landkreis Miltenberg ihre Lehre abbrechen und wie es praktisch ablaufen solle, wenn jemand ohne einen Ausbildungsvertrag von der Schule abgehe. Sie möchte wissen, wie die rechtliche Handhabe sei, dass man mit diesen Personen überhaupt in Kontakt trete. Es seien Daten, die weitergegeben werden. Zudem habe sie von Lehrern erfahren, dass selbst nach mehrmaliger Bitte die Eltern kaum zu den Gesprächen kämen.

Landrat Scherf antwortet, dass im Landkreis Miltenberg, ebenso wie bayernweit, jede fünfte berufliche Ausbildung abgebrochen werde.

Weiterhin erwidert er, dass man genau aus dem Grund, um diese Fragen beantworten zu können, das Bündnis „Jugend stärken“ habe, um Lösungsansätze zu suchen.

Kreisrat Stappel möchte wissen, was die neue Arbeit von Herrn Steinbart verändern solle. Man habe den Arbeitskreis Schule/Wirtschaft, der unerbittlich und gnadenlos arbeite. Man

habe erst letzte Woche wieder eine lange Tagung des Handwerks gehabt, wo es nur um Ausbildung und Schulabgänger gegangen sei. Die Agentur für Arbeit habe die Berufsberatung, von der Industrie- und Handelskammer sowie von der Handwerkskammer Angebote für die Ausbildung und der Information zur Ausbildung, zur Weiterbildung usw. Die freie Wirtschaft biete Messen an, Informationsmessen, alles für die Zukunftsperspektiven von jungen Menschen. Die Wirtschaftssenioren würden jedes Jahr eine offizielle Messe nur für junge Menschen machen. Er frage sich, was dieses neue Angebot, was jetzt von Landkreisseite zusätzlich komme, für Schulabgänger, die nicht verloren gehen sollen, verändere.

Landrat Scherf erwidert, obwohl es viele Bemühungen und Initiativen gebe, habe man dennoch 20% Abbrüche der beruflichen Ausbildung und 5-6% Jugendliche ohne Schulabschluss. Genau deswegen sei das Bündnis „Jugend stärken“ auf Initiative von Jobcenter und Agentur für Arbeit entstanden. Beide hätten gesagt, dass man vernetzen müsse. Man müsse gemeinsam an einen Tisch. Die IHK, die HWK, das Schulamt, der Bayerische Gemeindetag sowie das Jugend- und Sozialamt seien dabei, weil man trotz dieser Vielzahl von Angeboten einen bestimmten Anteil junger Menschen habe, die man nicht packen könne. Deswegen sei Herr Steinbart als Dienstleister da. Er nehme klar den Auftrag mit, dass die Mitglieder des Gremiums nicht an Schaubildern, Statistiken und Grafiken interessiert seien, sondern dass sie an harten Fakten und konkreten Ergebnissen interessiert seien.

Kreisrat Eppig sehe auch keine Lücke. Er könne es nicht nachvollziehen, was diese neue Stelle bringen solle, wenn bei Studienabbrechern die Zahl steige. Ansonsten kämen alle Mittelschüler unter. Der Staat komme seinen Aufgaben nach. Die Stelle sei für ihn überflüssig.

Landrat Scherf bittet Kreisrat Eppig, sich mit dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit zu unterhalten, denn die würden aus der Praxis heraus sagen, dass hier definitiv eine Lücke bestehe. Statistisch gesehen komme jeder unter, daher habe man so eine geringe Jugendarbeitslosigkeit. Aber man solle sich bitte vergegenwärtigen, dass jemand, der die Arbeitslosenklasse besuche, statistisch auch untergebracht sei. Dieser junge Mensch müsse drei Monate die Berufsschule besucht haben, und danach sei er raus aus der Statistik.

Kreisrat Dr. Kaiser plädiert dafür, dass die Absolventen der vier Gymnasien des Landkreises auch nicht verloren gehen sollen. Es sei schon einmal ein Modell dazu entwickelt worden. Man müsse versuchen, bei diesen jungen Leuten, die aufgrund der Ausbildung an Universitäten und Fachhochschulen den Landkreis verlassen, die Bindungen an den Landkreis und auch an das öffentliche Leben und die Wirtschaft aufrecht zu erhalten, damit diese später zurückkommen. Dies sei ein wichtiger Punkt, den Herr Steinbart übernehmen könne.

Landrat Scherf erwidert, dass Kreisrat Dr. Kaiser den Aufgabenbereich anspreche, den man aus der Arbeit der Bildungsregion mit über 60 Handlungsempfehlungen habe. Eine dieser über 60 Handlungsempfehlungen sei das von Kreisrat Dr. Kaiser angesprochene Projekt der Berufsorientierung an Gymnasien und auch an Realschulen mit dem Ziel der Stärkung der Identifikation mit dem Landkreis und des Bewusstseins für die beruflichen Möglichkeiten. Er spreche einen wichtigen Knackpunkt beim Thema Bildungsregion an. Was seien diese über 60 Hinweise und Projektempfehlungen wert, wenn niemand die Initiative ergreife, diese umzusetzen. Bei der Bildungsregion ginge es nicht darum, ein schönes knapp 100-seitiges Konzeptpapier zu entwerfen, auf dem Landkreis Miltenberg stehe. Das Entscheidende komme danach. Er sei für den Bayerischen Landkreistag im Beirat für Bildung, wo massive Kritik an der bayerischen Staatsregierung geübt worden sei. Die Kritik sei gewesen, dass es sich die bayer. Regierung billig und einfach machen würde, indem sie den Landkreisen sage, dass sie Bildungsregion machen sollen, dass sie 12 Monate lang fünf Arbeitskreise machen sollen, dass sie schöne Projekte machen sollen und gute Handlungsempfehlungen erarbeiten sollen. Danach gebe es ein schönes Papier, der Staatsminister mache ein Foto mit dem Landrat, und dann passiere nichts mehr. Es seien frustrierende Berichte dort im Bildungsbeirat von Elternvertretern, die dort mitgearbeitet hätten, die gesagt hätten, danach passiere

nichts. Damals habe Landrat Scherf bereits gesagt, dass der Knackpunkt danach komme. Die Handlungsempfehlungen müssten umgesetzt werden, und zum Umsetzen gehöre eine Person, die das initiativ mache und diese Projekte in die Hand nehme. Dies sei eine von mehreren Aufgaben, die Herr Steinbart habe. Es sei Landrat Scherf ein großes Anliegen, dass die Absolventen aus dem Landkreis wissen, wenn sie studiert hätten, dass es hier im Landkreis Miltenberg aufgrund seiner starken industriellen Prägung mit vielen mittelständischen Unternehmen sehr große Gestaltungsmöglichkeiten gebe.

Kreisrat Lieb sagt, er habe mehrere Jahre das Projekt „Sozialpaten“ bei der Caritas geleitet. Da sei u.a. die Idee entstanden, weil viele Jugendliche dabei seien, die nach dem Ende ihrer Schulzeit keiner beruflichen Tätigkeit nachgegangen seien, diese in den Beruf zu vermitteln. Es sei natürlich schwer, jemanden in den Beruf zu vermitteln, wenn die entsprechende Bildung oder Bildungsabschluss fehle. So habe Herr Adams damals mit seinen Jugendsozialarbeitern an Schulen einen gemeinsamen Abend zusammen mit Kreisrat Lieb gemacht. Daraus sei letztendlich in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter das Projekt „Schülerpaten“ entstanden. Die Schülerpaten hätten aber auch keinen Auftrag, das Defizit dieser Jugendlichen aufzufangen. Man könne nicht bilden. Man könne versuchen, einen Job zu vermitteln. Wenn allerdings in einem Job die entsprechende Bildung fehle, dann könne man mit dem Jugendlichen in zwanzig Jahren nichts anfangen. Dann werde er irgendwo auf der Straße landen. Für ihn sei es wichtig, gerade in diesem Potential diese Menschen aufzufangen und ihnen eine Bildung, egal welcher Art, zu vermitteln. Er findet es gut, dass es eine Koordinationsstelle gebe, wo solche Menschen aufgefangen werden könnten und eine Bildung unterstützend angeboten bekommen.

Kreisrat Dr. Linduschka fragt, ob die Stelle ein Alleinstellungsmerkmal und Vorreiter am Bayerischen Untermain sei.

Frau Seidel erwidert, dass es bei der Stadt Aschaffenburg diese Stelle auch gebe, die in das Bildungsbüro integriert sei, der Landkreis Aschaffenburg habe diese Stelle allerdings nicht. Bayernweit sei der Landkreis Miltenberg kein Vorreiter, am Bayerischen Untermain ihres Wissens schon.

Landrat Scherf ergänzt, dass damit, dass sich ein Landkreis um Bildung kümmere, betrete man Neuland. Es habe damit angefangen, dass der Freistaat Bayern gesagt habe, dass die Landkreise und kreisfreien Städte Bildungsregion werden sollten. Jetzt habe man die Problematik, was alle wussten, dass man als Landkreis in einen gewissen Zugzwang begeben habe, dass man gesagt habe, man wolle Bildungsregion werden, weil man zwölf Monate lang ehrenamtliche und in Bildung engagierte Menschen in Arbeitskreise getrieben habe, die Projekte und Handlungsempfehlungen entwickelt haben, und nun müssten diese entweder umgesetzt werden oder es tue sich nichts. Man habe einen Bedarf, und der Ausschuss habe heute ein klares Signal gegeben, in welcher Art und Weise er vom Landratsamt Arbeit erwarte, nämlich dass sie praktisch, handfest und spürbar erlebbar sei.

Kreisrat Stappel sagt, dass Bildungsregion ein positives Aushängeschild für den Landkreis Miltenberg sei, und er das unterstütze. Die wichtigste Aufgabe von Herrn Steinbart sei, dass er sich mit den Kreisen zusammensetze, die alle dasselbe Ziel hätten. Dies sei vor allen Dingen der Arbeitskreis Schule/Wirtschaft, der jahrzehntelang um junge Menschen ringe, die in der Schul- und Ausbildung ihr Ziel erreichen sollen. Er müsse sich mit den Kammern in Verbindung setzen und vor allem mit der freien Wirtschaft. Man habe hier eine starke Wirtschaft. Vernetzung und Information seien die Dinge, um Herrn Steinbart zum Erfolg zu führen und dem Landkreis zu helfen, die Probleme besser und schneller zu lösen.

Landrat Scherf erwidert, dass der gesamte Adressatenkreis, den Kreisrat Stappel angesprochen habe, sich in der Steuerungsgruppe für das Bündnis „Jugend stärken“ wiederfinde.

Kreisrätin Fecher müsste wissen, ob die Stadt Aschaffenburg bereits Erfahrungswerte hätte, oder ob es dort auch ein Neustart sei.

Frau Seidel antwortet, dass die Stadt Aschaffenburg nur kurz vor dem Landkreis Miltenberg eingeführt worden sei.

Herr Steinbart ergänzt, dass das Bildungsbüro dort schon länger existiere. Im Rahmen dieser Bundesförderung seien jetzt in diesem Jahr zwei neue Kolleginnen hinzugekommen, die von den Aufgaben her Frau Zeug und ihm entsprächen. Kürzlich habe sich erst die Organisation verändert, so dass es jetzt einen Fachbereichsleiter für Ehrenamt, Bildung und Integration gebe. Für den Bildungsbereich seien noch drei Hauptamtliche zugeordnet.

Landrat Scherf ergänzt, dass die Schulabsolventenbefragung ein Projekt sei, das in der Bildungsregion vorgeschlagen worden sei. Im Landkreis Miltenberg werde man im Juni/Juli auch an die Vorabschlussklassen herangehen.

Kreisrätin Passow appelliert als Vertreterin der betrieblichen Praxis an die beiden neuen Bildungskoordinatoren, dass nicht jeder eine betriebliche Ausbildung erfolgreich absolvieren werde. Man müsse sehr genau auswählen, welcher Beruf angestrebt werde. Sie möchte davor warnen, nur den Erfolg darin zu sehen, Leute in Berufsausbildung zu vermitteln und die Betriebe dann mit den Leuten alleine zu lassen. Im Gegensatz zum Studium, das als sehr hochwertig eingeschätzt werde, denken viele, eine betriebliche Ausbildung schaffe jeder. Die Abschlüsse, die hier gemacht würden, würden international sehr hoch angesetzt wie z.B. Bachelor. Es müsse nicht jeder eine betriebliche Ausbildung absolvieren. Dies sei zwar schön, aber es ginge nicht um Bildung per se, sondern dass man einen Beruf ergreife, der einen in seinem Fortkommen fördere und damit man seinen Lebensunterhalt verdienen könne. Es werde allerdings auch Menschen geben, die mit einer zweijährigen oder verkürzten Ausbildung oder mit einer praktischen Anlernung oder einem Praktikum z.B. in eine Produktionstätigkeit gehen. Deswegen sagt Kreisrätin Passow zusammenfassend, dass sie glaube, dass die Arbeit der Bildungskoordinatoren nicht nur daran gemessen werden solle, wie viele Leute eine Ausbildung machen, sondern wie viele eine sinnvolle Anstellung fänden, mit der sie ihren Lebensunterhalt verdienen können. Und das müsse nicht unbedingt eine betriebliche Ausbildung sein.

Landrat Scherf widerspricht dem Eindruck, dass Frau Zeug und Herr Steinbart die Berufsberatung ersetzen und die Arbeit der Arbeitsagentur übernehmen würden. Dies würde alles den Profis überlassen, deswegen sei bei der Steuerungsgruppe für „Jugend stärken“ die Arbeitsagentur und das Jobcenter mit dabei. Es gehe dem Landratsamt nie nur um möglichst hohe Zahlen. Dies habe man auch bei der Ausbildungsinitiative Asyl bewiesen, wo ganz bewusst auf die Bremse gedrückt worden sei, dass nicht möglichst viele Flüchtlinge in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt werden sollten, sondern langsam mit einer Projektphase gestartet sei, um die Flüchtlinge und die Betriebe zu beraten und zu unterstützen. In ganz Bayern fände man keinen Landkreis mit genau diesem Modell. Dies sei einzigartig. Genau in dieser Richtung arbeite man auch in der Steuerungsgruppe „Jugend stärken“.

Die Möglichkeit der Werkeausbildung oder verkürzten Ausbildung sei eine Möglichkeit. Er warne allerdings davor, zu einfach zu sagen, wenn eine Ausbildung zu schwer sei, dann soll der- oder diejenige eben eine ungelernte Tätigkeit ausüben. Das seien dann die Menschen, die zuerst ihre Arbeit verlieren würden. Wer in jungen Jahren keine Ausbildung habe, in welcher Form auch immer, der lande, wenn man sich die Statistiken der Langzeitarbeitslosen anschauet, am schnellsten bei den Sozialsystemen.

Kreisrätin Passow stimmt zu, dass Ungelernte am ehesten arbeitslos und am schnellsten entlassen werden würden. Wenn man sich die Grafik von der IHK anschauet, dann sehe man, dass die Angebot- und Nachfragerücke bei Akademikern am wenigsten auseinanderklaffe, wobei bei Fachkräften ein hoher Wechselbedarf sei. Bei den Ungelernten bestehe

momentan noch mehr Angebot als Nachfrage, dies werde sich aber im Zuge der Demographie auch ändern. Ihr Appell sei, dass in der Praxis geschaut werden müsse, wer für welche Ausbildung geeignet sei, da die betriebliche Ausbildung oft sehr anspruchsvoll sei, und nicht jeder dazu geeignet sei.

Landrat Scherf fasst zusammen, dass die Kernaussage des Ausschusses deutlich angekommen sei, dass praktisches Umsetzen und konkrete Ergebnisse, die greifbar seien, gewünscht seien.

### **Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 4:

#### **Vorstellung und Ausblick Kulturarbeit**

Frau Fleischmann stellt die Kulturarbeit vor.

Im Sommer 2015 fand ein Zielvereinbarungs-Workshop zur Kulturarbeit statt, im November wurden die Ergebnisse in diesem Ausschuss vorgestellt. Zu diesem Zeitpunkt waren Herbst 2015 und Frühjahr 2016 bereits vollständig geplant, so dass hier die Aufgabe darin bestand, die Veranstaltungen durchzuführen. Gleichzeitig mussten die zukünftigen Veranstaltungen geplant werden. Hier wurden bereits für den Herbst 2016 einige Maßnahmen umgesetzt.

Im Kulturwochenherbst 2016 wurde die Anzahl der Veranstaltungen bereits wie im Zielvereinbarungsprozess festgelegt um einige gekürzt. Hier wurde dabei darauf geachtet, dass gewünschte Veranstaltungsformate und -orte beibehalten werden. Andere finden bereits seit Jahren statt und sollten auf Grund von ihrer Qualität weiter berücksichtigt werden.

Dies sind die folgenden, die sich eigentlich nur auf Veranstaltungen beziehen, die bestehen bleiben sollten. Im Herbst 2016 komme man auf 11 Veranstaltungen + Auftakt + Neujahrskonzert. 3x3 ist also leider noch nicht erreicht. Elsenfeld möchte gerne zwei weitere Veranstaltungen zu den bereits genannten im Programm haben. Daher die Summe 11 und nicht 9.

- **Auftakt: Orgelkonzert Sulzbach**
- Konzert Hausen, Alte Dorfkirche
- Altes Rathaus Miltenberg / oder Mildenburg
- Frankenhalle Erlenbach
- Ausstellung Kochsmühle Obernburg mit Kinderführungen
- Kabarett in der Zehntscheuer: im Jahr 2016 keine Kabarettveranstaltung in der Kochsmühle; die Rotation der Spielorte sollte angestrebt werden
- *Stadtpfarrkirche Miltenberg, Chor-/Orchesterkonzert*
- *Grüner Saal Amorbach*
- *Ovationen Bürgerzentrum Elsenfeld*
- Kindermusical Bürgerzentrum Elsenfeld
- **Neujahrskonzert Bürgerzentrum Elsenfeld**
- 

Die in diesem Ausschuss vorgestellte Formel von „3x3“ Veranstaltungen ist mit der genannten Aufstellung relativ bald erschöpft und lässt nur einen geringen Spielraum, neue Programme und Formate auszuprobieren.

Eine Übersicht der Veranstaltungen in 2016 und die Planung für 2017:

In 2017 ist der Herbst bereits ausgefüllt bzw. bereits überschritten (10 Veranstaltungen + Ausstellung Kochsmühle), das NJK nicht eingerechnet. Mögliche Veranstaltungen wie die Zusammenarbeit mit dem Hofgut Wörth und eine zweite Veranstaltung in Miltenberg (Mildenburg, Chansonabend) sollten trotz der Formel „3x3“ weiter verfolgt werden.

#### Kulturwochenherbst 2016 & 2017

2016	September	Oktober	November	Dezember	Januar
	Orgelkonzert Sulzbach	Altes Rathaus Miltenberg, Jazz	Grüner Saal, Music Campus	Kinderoper, Zauberflöte, Elsenfeld	
	Konzert Hausen, Alte Dorfkirche	Lesung, Bgz. Elsenfeld	Stadtpfarrkirche Miltenberg, Chor-/Orch.		
		Comedy, Zehntscheuer Amorbach	Ovationen, Bgz. Elsenfeld		
			Frankenhalle Erlenbach, Rühmann		
			Bgz. Elsenfeld, Klangwelten		
2017					
	Orgelkonzert Sulzbach	Lesung Roman Kempf, Mönchberg	Grüner Saal, Music Campus	Kindermusical, Elsenfeld	Brass Band Berlin, Elsenfeld
	Konzert Hausen, Alte Dorfkirche	Koop. Kochsmühle Ottfried Fischer, Bgz. Elsenfeld	Stadtpfarrkirche Miltenberg, Chor-/Orchesterkonzert		
	Klingender Steinbruch, Mömlingen	<i>Evtl. Chansonabend auf der Mildenburg</i>	Ovationen, Bgz. Elsenfeld		
	<i>Evtl. Götz Alsmann, Hofgut Wörth</i>		Frankenhalle Erlenbach, Saturday Night Fever		

#### Aufstellung der „Inhalte“

Klassisches Konzert	Fam./Kinder/Jugendliche	Neue Musik	Kabarett	Variable
Orgelkonzert (Sulzbach)	Ovationen (Elsenfeld)	Hausen	Amorbach	Lesung
Music Campus (Grüner Saal)	Kindermusical (Elsenfeld)		Obernburg	Bläser (Elsenfeld)
Chor-/Orchesterkonzert (Miltenberg)				NJK (Elsenfeld)
				Frankenhalle
				Elsenfeld

### Optionen für die Weiterentwicklung

Die Veranstaltungsorte und Formate lassen wenig bis keinen Spielraum zum Ausprobieren neuer Programme oder neuer Spielorte. Aber besonders das Erschließen und Ausprobieren neuer Dinge ist notwendig, um das Publikum kennen zu lernen und Neugier zu wecken.

So bestehen Überlegungen zu einer thematischen Ausrichtung des Kulturwochenherbstes, um diesem neuen Schwung und damit auch neues bzw. breiteres Publikum zuzutragen. Zudem liegt ein Schwerpunkt bei den Veranstaltungen auf Konzerten; es wäre durchaus aber einen Versuch wert, auch mal ein Schauspiel oder ein Tanzstück in den Kalender mit aufzunehmen. Für solche Veranstaltungen kommen die Hallen in Elsenfeld und Erlenbach in Frage, da sie gut ausgerüstet sind und über relativ große Bühnen verfügen. Um ein klares Bild in der Nachfrage solcher Veranstaltungen zu bekommen, wäre es sinnvoll, in einem absehbaren Zeitraum von bis zu sechs Monaten mehrere Veranstaltungen einer gleichen Kategorie anzubieten. Bei nur jährlichen Veranstaltungen ist die Erinnerung bereits verblasst und man startet wieder neu.

Weitere Überlegungen für den Kulturwochenherbst sind die Etablierung einer zweiten Veranstaltung, die sich auf Kinder- bzw. Familienpublikum ausrichtet.

Zudem sollen Maßnahmen ergriffen werden, die ein Publikum der Altersgruppe 25-35 Jahre anspricht. Eine Verknüpfung von hochwertiger Kultur mit weiteren Aushängeschildern des Landkreises wie z.B. der Weinregion (mögliche Kooperation mit Churfranken) ist hier denkens- und erstrebenswert. Hier wäre z.B. eine Lesung oder ein Konzert in Räumlichkeiten eines Winzers, der seine Weine ausschenkt, eine Möglichkeit.

### „Kultur Landkreis Miltenberg“

Der Landkreis Miltenberg bietet ein hochwertiges Kulturangebot. Dies ist nicht auf den Kulturwochenherbst und andere Einzelveranstaltungen beschränkt, sondern schließt auch die „Marke“ Kunstnetz mit ein. Um die Bedeutung der Kulturarbeit auch nach außen hin sichtbar zu machen, ist ein einheitliches Auftreten der „Kultur Landkreis Miltenberg“ wichtig. So kann im Laufe der Zeit die Assoziation zwischen dem Landkreis und der hochwertigen Kulturarbeit schnell hergestellt werden. Ein einheitliches und ausführliches Werbekonzept ist für die Vermarktung der Veranstaltungen im Speziellen und der Kulturarbeit im Allgemeinen notwendig. Hierzu gehört nicht nur der Auftritt in den sozialen Medien – Konzept der Facebook-Seite in Arbeit – sondern auch die einheitliche Plakat-, Anzeigen- und Flyerwerbung. Für eine sichtbare und umfangreiche Plakatwerbung in den einzelnen Orten wäre das Aufstellen von Plakatständern bzw. –wänden eine Überlegung wert. Eine weitere Informationsquelle wäre ein regelmäßiger Newsletter, der besonders für den Kulturwochenherbst sinnvoll wäre.

### Schwerpunkte der Kulturarbeit

In der Kulturarbeit lassen sich einige Schwerpunkte definieren, die ich Ihnen heute gerne kurz vorstellen möchte.

#### 1. Kulturwochenherbst

Der Kulturwochenherbst hat sich im Laufe der Jahre im Landkreis etabliert und soll auch weiterhin als Veranstaltungsreihe fortbestehen. Im Zeitraum Ende September bis Anfang Dezember findet hier ein breites Angebot von verschiedenen Veranstaltungen statt. Diese sollen für alle Landkreisbewohner bzw. alle Interessierten zugänglich sein und auch in Ansprache von Alters- und Interessengruppen variieren.

#### 2. Kinder- und Jugendangebot

Ein kulturelles Angebot ist bereits seit Jahren in der Arbeit des Kulturreferats des Landkreises Miltenberg verankert. Hierzu gehört neben dem großen Angebot an Kunstaktionen – Workshops ganzjährig, Projekte an Schulen, Führungen in Ateliers, Jugendkulturpreis Kunst, Schaefflerpreis – auch das Bestreben, mindestens eine Ver-

anstellung im Kulturwochenherbst für Kinder bzw. für Familien anzubieten. Auch der Jugendkulturpreis Musik ist ein reines Angebot für Kinder und Jugendliche

3. Kulturlandkreis Miltenberg / Administrative Arbeiten  
Etablierung der „Marke Kulturlandkreis“ durch Weiterentwicklung und Neugestaltung des Kulturangebotes. Aufgabe des Kulturreferates sollte es sein, konzeptionelle Arbeit zu leisten und somit den Landkreis als „Kulturlandkreis“ bekannt zu machen und hervor zu heben. Kultur ist kein statisches Element, sie muss sich weiterentwickeln und den Bedürfnissen des Publikums anpassen. Daher bedarf es immer wieder der Neuerungen und Anpassungen, besonders auch im Hinblick auf Umstrukturierungen von bestehenden Veranstaltungen und Etablierung neuer Aspekte.  
In diesen Bereich fallen auch administrative Aufgaben wie das Erstellen von Kalkulationen, Kontakt zu Anbietern, Druckaufträge vergeben, Werbung koordinieren. Die Erarbeitung eines umfangreichen Werbekonzeptes ist sowohl für die Etablierung der „Marke Kulturlandkreis“ als auch für die einzelne Veranstaltung von hoher Bedeutung.
4. Weitere Veranstaltungen: Sommerrausch, Chorwettbewerb, Neujahrskonzert, Jugend musiziert – Großveranstaltungen außerhalb des Kulturwochenherbstes  
Neben den Veranstaltungen im Kulturwochenherbst finden jährlich bis alle drei Jahre weitere große Veranstaltungen statt. Zu diesen gehört das jährliche Neujahrskonzert, das jährliche Kabarettfestival, der alle zwei Jahre stattfindende Internationale Chorwettbewerb und die alle drei Jahre stattfindende Preisverleihung mit Konzert von Jugend musiziert. Weitere Veranstaltungen, die bisher im Frühjahr stattgefunden haben, wurden bereits gekürzt.

Frau Fleischmann antwortet auf Nachfrage von Kreisrätin Fecher, dass keine Veranstaltungen gestrichen werden sollen, sondern man müsse sehen, wie man bestimmte Programme weiterentwickle und Variation entstehen lasse.

Kreisrätin Fecher bietet Frau Fleischmann ihre Hilfe bei Veranstaltungen für die Zielgruppe von 18-45 Jahren an, da sie darin große praktische Erfahrung habe.

Kreisrätin Kettinger sagt, dass Frau Fleischmanns Ideen zur Weiterentwicklung sehr gut seien. Das Kulturangebot solle für alle Altersgruppen ansprechend sein. Sie fände bei dem bisherigen Angebot nichts, was für z.B. ihre erwachsenen Kinder ansprechend sein könne. Sie nennt als Beispiele Poetry-Slam und Hip-Hop-Events. Solche Veranstaltungen sollte man zusätzlich anbieten. Man strebe an, junge Menschen hier im Landkreis zu halten. Daher solle man diesen jungen Leuten auch etwas Spannendes anbieten. Insofern findet sie es sehr begrüßenswert, dass Frau Fleischmann das angehe. Besonders zur Weihnachtszeit wäre es toll, ein Kinderweihnachtstheater anzubieten.

Der Kernpunkt sei das öffentliche Auftreten der Kulturarbeit, so Kreisrat Dr. Linduschka. Poetry-Slam sei zum Beispiel im Landkreis gut vernetzt, und es fänden regelmäßige größere Veranstaltungen in der Kochsmühle und am Mainufer in Miltenberg statt. Es sei offensichtlich ein Problem der Vermittlung und nicht der Neuorganisation.

Beim Kulturreferat wäre Evaluation höchst nötig. Er bräuchte, wenn er weiter über Kulturpolitik rede, erst einmal konkrete, belastbare Zahlen. Er würde sich für einen Kulturworkshop, den er sinnvoll fände, um Frau Fleischmann zu unterstützen, sehr einsetzen. Allerdings nur dann, wenn er Zahlen vorliegen hätte, auf deren Basis er etwas entscheiden könne. Grundsätzlich gehe es ihm auch um die Frage, dass der Kulturretat für diesen Landkreis mit seinem Anspruch eigentlich zu gering sei. Er schlägt vor, dass der Rechnungsprüfungsausschuss damit beauftragt werden solle, diese Zahlen zu erstellen.



Veranstaltungen für die Altersgruppe 25-35 Jahre halte er grundsätzlich für eine gute Idee. Er habe allerdings Bedenken, dass es für Leute in diese Altersgruppe sehr schwierig sei, etwas zu finden, worin sich die Masse wiederfinde, da die Vorlieben sehr unterschiedlich seien. Veranstaltungen mit Kultur und Kulinarik oder Tanz habe man auch schon auf privater Ebene. Dies müsse nicht der Landkreis machen.

Kinder und Jugendliche seien Kreisrat Dr. Linduschka in diesem Bereich besonders wichtig. Er habe seit einigen Jahren den Eindruck, dass die Kinder- und Jugendarbeit zwar genannt werde, wenn es darum ginge, sich damit zu schmücken. Das Thema Kunstnetz sei ein Thema in allen Sonntagsreden. Die konkrete Arbeit und Achtung allerdings für das Kunstnetz inklusive Bezahlung sei seiner Ansicht nach weit hinter dem zurück, was das Kunstnetz leiste und verdiene. Weiterhin sei es so, dass die Lücke der Ehrenamtlichen geschlossen werden müsse. Daher müsse man sich klar machen, dass dafür auch Geld in die Hand genommen werden müsse. Die Herbstausstellung in Obernburg habe nur eine Existenzberechtigung, nämlich die Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen des Kunstnetzes. Wenn man das nicht hätte, könnte man die Ausstellung in Obernburg einstampfen. Man habe in jeder Ausstellung in den letzten zehn Jahren nicht mehr als 300 Besucher über die gesamte Ausstellungsdauer gehabt. Diese Ausstellung lebe einzig und allein vom Abenteuer Kunst.

Landrat Scherf erwidert, dass Frau Fleischmann einige der Vorschläge aufnehmen werde. Er betont, dass der Landkreis sehr viel für die Kinder- und Jugendarbeit tue. Es sei im Redebeitrag von Kreisrat Dr. Linduschka der Eindruck entstanden, als würde man die Künstler ausbeuten. Dem sei allerdings überhaupt nicht so.

Frau Fleischmann ergänzt, dass es natürlich ehrenamtliche Arbeit gebe. Die Künstler im Kunstnetz würden allerdings für ihre Arbeit mit einem Stundenlohn von 44,00 Euro bezahlt. Für Vor- und Nachbereitungszeit würden die Künstler 10,00 Euro die Stunde bekommen. Fahrzeiten würden allerdings nicht übernommen, dies gehöre zur ehrenamtlichen Arbeit der Künstler. Wenn Helfer eine Aufstellung aufbauen, würden diese auch mit 10,00€/Std. bezahlt. Das Kulturreferat stelle auch Material zur Verfügung.

Kreisrat Stappel sagt, man solle Bewährtes beibehalten und Neues testen. Für ihn gelte, dass der Kostenrahmen nicht zu sehr überschritten werde. Er sei nicht gegen Kultur, sondern für sinnvolle Kultur. Man müsse genau überlegen, wofür das Geld ausgegeben werde. Kreisrat Stappel ist der Meinung, dass man Angebote für Familien erstellen solle, nicht für die Zielgruppe für Menschen von 25-35 Jahren.

Kreisrätin Passow nehme das Angebot vom Kulturwochenherbst sehr gerne wahr. Allerdings gebe es auch noch andere Akteure wie z.B. das Main-Musical in Kleinheubach oder die Clingenburg-Festspiele. Sie ist der Meinung, dass der Landkreis sich eine Richtlinie oder ein Vorgehen überlegen müsse, wie man mit anderen Initiativen umgehe. Das Main-Musical mache zum Beispiel ein Angebot für junge Leute, d.h. die Musicals, die angeboten würden, hätten die Zielgruppe der Jugendlichen. Diese Akteure seien auch ehrenamtlich tätig. Darauf solle man stolz sein und überlegen, wie diese Initiativen vom Landkreis in einem gewissen Umfang unterstützt oder bezuschusst werden können. Man müsse sich die Frage stellen, ob man diese Initiativen bezuschussen könne oder wolle bzw. mit welcher Begründung man einen Zuschuss ablehne, weil dort tolle Arbeit geleistet werde.

Landrat Scherf verweist auf die Haushaltsrede des CSU-Fraktionsvorsitzenden Reinhard, wo massive Kritik an der Arbeit in den Ausschüssen geübt worden sei, weil er gesagt habe, dass teilweise einstimmig Geld gegeben werde.

Es reiche nicht, aus den Reihen des Ausschusses zu sagen, man solle überall Geld geben. Diese Forderung mache sich in den Medien immer gut. Landrat Scherf fordert auf, sich in den Fraktionen einmal Gedanken zu machen, wie solche Richtlinien aussehen könnten. Landrat Scherf betont, dass es viele spannende Ideen und Veranstaltungen gebe, die Zu-

schüsse verdienten. Eine Forderung sei schnell formuliert, aber die Fraktionen sollten vorher in die Arbeit gehen und vorschlagen, wo bei Zuschüssen die Grenze gezogen werden solle.

Kreisrat Dr. Kaiser findet die Vorschläge gut. Die Frage sei, wie alles finanziert werden solle. Bei der Vollkostenrechnung 2012-2014 handele es sich um enorme Summen. Man müsse sich Gedanken machen, welchen finanziellen Rahmen man sich setze. Man benötige für 2015 und 2016 noch die Zahlen.

Man könne einerseits nicht fordern, alle Initiativen zu bezuschussen, andererseits sage man, der Landrat würde keine Sporbemühungen an den Tag legen.

Landrat Scherf erwidert, dass der Ausschuss bisher nie Zahlen bekommen habe. Die Zahlen für die Jahre 2012-2014 habe das Kulturreferat und er als verantwortlicher Landrat zur Transparenz für den Zielvereinbarungsworkshop geliefert. Dies habe es vorher noch nie gegeben. Die Vollkosten von 2015 und 2016 würden zur Verfügung gestellt, sobald sie fertig seien.

Landrat Scherf stimmt Kreisrat Dr. Kaiser zu, dass er sich in den Ausschüssen mit Forderungen konfrontiert sehe, dass der Landkreis Miltenberg mehr Geld ausschütten solle, und im Kreistag werde er dafür gegrillt, dass er angeblich nicht spare. Von daher brauche man hier ein klares Konzept.

Kreisrat Schwab stimmt zu, dass man zuerst die Vollkostenberechnung brauche, bevor man darüber reden könne, wie man vorgehe.

Landrat Scherf sagt, dass er dazu gerne einen Antrag möchte.

Kreisrätin Passow sagt, dass man heute zusammensitze, um über die Kulturarbeit im Landkreis zu sprechen. Zu dem Programm, was der Landkreis auflege, gebe es noch Initiativen. Ihre Frage sei nur gewesen, dass man sich zu diesem Angebot dazu überlegen möge, wie man mit den anderen Anbietern, die Kulturarbeit machen, umgehen. Man habe gerade Berichte von zwei jungen Menschen gehört, die eine neue Stelle im Landkreis bekleiden. Da habe das Landratsamt auch nicht gesagt, dass es das nicht mache. Sie habe den Eindruck, es werde mit zweierlei Maß gemessen. Ihr Wunsch sei, zu überlegen, wie man mit Initiativen umgehe, die nicht vom Landkreis gesteuert würden. Man müsse eine Strategie entwickeln, weil ständig Anfragen wegen Zuschüsse kämen. Es sei nur fair, dass man ein Konzept habe, das transparent sei. Es sei bewundernswert, was diese Initiativen leisten würden, deshalb würde sie diese gerne bezuschussen.

Landrat Scherf sagt, Kreisrätin Passow vergleiche Äpfel mit Birnen. Die Stelle von Frau Zeug werde zu 100% vom Bund gefördert. Sie könne sich nicht hinstellen und sagen, dass man auf der einen Seite Geld für eine Personalstelle ausbebe, und bei der Kultur mache man es nicht. Kreisrätin Passow solle im Ausschuss einen Auftrag bzw. Antrag geben, mit der Empfehlung, dies vorher in der Fraktion zu besprechen.

Die gesamte lange Tradition des Landkreises Miltenberg sei es, dass die direkte Förderung den Gemeinden überlassen werde. Dafür schaue man, dass die Belastung für die Gemeinden möglichst niedrig sei. Landrat Scherf spreche nicht von seiner zu verantwortenden Haushaltspolitik, sondern das, wie es Roland Schwing hier eingeführt habe. Da hatte man auch schon eine historisch niedrige Kreisumlage, weil man gesagt habe, möglichst wenig Geld von den Gemeinden zu holen, damit diese die Förderung vornehmen. Dies müsse man auch mit dem Bayerischen Gemeindetag diskutieren, dass man von allen Gemeinden des Landkreises die von Kreisrätin Passows Fraktion vorgeschlagene Summe einbehalte, die der Landkreis dann verteile. Danach müsse man darüber diskutieren, nach welchen Kriterien das Geld verteilt werde. Es würde allerdings Probleme mit den Gemeinden aufwerfen wie bei der Bezuschussung von Schwimmbädern.

Kreisrat Dr. Linduschka schlägt vor, im Frühjahr 2017 einen Workshop zu veranstalten, wo von jeder Fraktion jemand vertreten sei. Dieses Mal sollten konkrete Zahlen als Grundlage vorhanden sein, damit man konkrete Vorschläge machen könne.

Landrat Scherf stimmt dem Vorschlag zu.

### **Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 5:

#### **Sachstand Sommerrausch**

Frau Fleischmann berichtet zum Sommerrausch, dass am 4. November 2016 auf Initiative des Kulturreferats ein erneutes Treffen mit den am Sommerrausch beteiligten Akteuren stattfand. Leider konnte Bürgermeister Schmitt nicht zu gegen sein, ein weiterer Termin Mitte November wird aber mit ihm angestrebt. In diesem Treffen stand die Umsetzung des Sommerrausches 2017 auf der Tagesordnung, die Gespräche zu 2018 wurden verschoben bis zu einem nächsten Termin mit Bgm. Schmitt.

Von Seiten der Stadt Amorbach wurde schon vor diesem Treffen durch Bürgermeister Schmitt signalisiert, dass die Gespräche und Arbeiten für ein weiterentwickeltes Konzept für den Sommerrausch 2018 laufen. Das Landratsamt kommt deshalb seiner Zusage nach, im Übergangsjahr als Veranstalter des Sommerrauschs aufzutreten. Somit wird der Sommerrausch wie gehabt 2017 im Seegarten stattfinden. Das Landratsamt, der Kulturkreis Zehntscheuer, der CCA, das Hofgartenkabarett Aschaffenburg, das Fürstenhaus zu Leiningen und die Stadt Amorbach sind im Jahr 2017 an der Durchführung der Veranstaltung beteiligt.

Das Thema Sommerrausch 2018 wurde in der Besprechung vom 4. November zurückgestellt und wird mit allen Beteiligten in einem Termin mit Bürgermeister Schmitt fortgeführt, der bereits an einem Konzept für 2018 arbeitet.

Das Veranstaltungsformat „Sommerrausch im Seegarten“ birgt in sich nach Einschätzung des Kulturreferats einige Risiken.

- So ist er als Open Air Veranstaltung extrem wetterabhängig. Daran gekoppelt ist der Vorverkauf, der schwieriger wird, da immer länger mit dem Kauf von Karten gewartet wird. Regen und/oder Kälte sorgen dafür, dass das Publikum eher geht oder erst gar nicht zur Veranstaltung kommt.
- Der Seegarten verwandelt sich bei Regen in ein Matschfeld. Sehr viel und sehr starker Regen können dazu führen, dass der Seegarten gar nicht genutzt werden kann. Im Sommer 2016 konnte erst zwei Tage vor Aufbau entschieden werden, ob die schweren Transporter für den Bühnenaufbau auf das Gelände gelassen werden konnten – andernfalls hätte die Veranstaltung abgesagt werden müssen. Durch die Lage am See kühlt das Gelände schneller aus, wodurch es am Abend ungemütlich, da signifikant kühler wird.
- Infrastruktur des Seegartens: Für jede Veranstaltung im Seegarten muss eine große Bühne aufgebaut werden, eine Wegbeleuchtung vom Schloßplatz her gelegt werden, Stromleitungen von relativ weit entfernten Punkten gelegt werden, Toilettenwagen aufgebaut, Garderobenmöglichkeiten und Aufenthaltsbereich für Künstler geschaffen (bisher Wohnmobil und Zelt), Abwasserpumpe installieren und Abwasser abgepumpt werden. Trotz dieses Umstands muss eine inzwischen gestiegene Miete entrichtet werden.

- Eine Veranstaltung der Größenordnung muss ausverkauft sein, damit sie sich rechnet.
- Kabarett, und besonders aus politisches Kabarett, leben von Sprache, Akustik und intimen Räumlichkeiten – ein Widerspruch zur Größe!
- Tendenzen gehen grundsätzlich von großen Open-Air-Veranstaltungen zurück zu kleineren Formaten, welche auch vom Kulturreferat befürwortet werden.

Die Entwicklung der Veranstaltung verlangt auch nach zunehmend namhaften Künstlern, nicht nur, um ein entsprechendes Publikum zu ziehen. In dieser Sichtweise verbirgt sich aber ein weiteres Problem: bekannte Künstler erwarten auch entsprechende, steigende Honorare; die Erwartungshaltung des Publikums steigt ebenso kontinuierlich.

Eine Veranstaltung der Größenordnung, wie es der Sommerrausch ist, verlangt mit seinen Kosten und den bedeutenden Künstlern nach einer kommerziellen und gewinnbereitenden Ausrichtung. Es ist somit durchaus zu überlegen, ob der Landkreis für eine Veranstaltung dieser Größenordnung mit vier und mehr namhaften Künstler das Risiko tragen sollte und damit schlussendlich auch der Steuerzahler Kosten übernimmt. Im Hinblick auf die durch zurückgehende Eintritts- und Sponsorengelder und steigende Ausgaben verursachten Kosten, ist es fragwürdig, in wie fern das Kabarettfestival durch seine kommerzielle Ausrichtung vom Landkreis gefördert werden sollte.

Die Zahlen im Jahr 2016 machen den Trend der letzten Jahre deutlich:

Erträge	101.717,29		
Direkte Produktkosten	-102.363,36		
Personalkosten	-14.835,00		
Sachkostenanteil (13,69%) von PK	-2.031,00		
Gemeinkostenanteil (20%) von PK	-2.967,13		
Drucksachen	-55,00	reine	Materialkosten
GESAMT	-20.534,20		

#### Zahlen Sommerrausch 2013-2016 ohne Personalkosten

- „Kosten Sommerrausch und Veranstaltung davor“: in einigen Bereichen, z-B. der

Abrechnung Sommerrausch					
	2013	2014	2015	2016	Durchschn.
Erträge	93.687,18 €	107.988,89 €	83.281,82 €	101.865,79 €	96.705,92 €
Direkte Produktkosten	104.215,43 €	94.431,84 €	100.363,19 €	102.363,36 €	100.343,46 €
<b>Gesamt</b>	<b>-10.528,25 €</b>	<b>13.557,05 €</b>	<b>-17.081,37 €</b>	<b>-497,57 €</b>	<b>-3.637,54 €</b>
Kosten Sommerrausch und Veranstaltung davor	792,38 €	5.964,79 €	364,00 €		
<b>Erträge davon</b>					
- Sponsoring/Spende	29.600,00 €	26.500,00 €	22.700,00 €	18.300,00 €	
in % von den Erträgen	32%	25%	27%	18%	
in % von den dir. Kosten	28%	28%	23%	18%	
- Eintritt	64.087,18 €	80.637,12 €	59.960,22 €	77.674,79 €	
in % von den Erträgen	68%	75%	72%	76%	
in % von den dir. Kosten	61%	85%	60%	76%	
- Sonstiges	0,00 €	851,77 €	621,60 €	5.891,00 €	
<b>Gesamt</b>	<b>93.687,18 €</b>	<b>107.988,89 €</b>	<b>83.281,82 €</b>	<b>101.865,79 €</b>	

- Werbung, gab es Überschneidungen der Veranstaltungen am Freitag- und Samstagabend, wodurch einige Posten auf die Freitagveranstaltung gebucht wurden, im Nachhinein im Normalfall aber mit der Sommerrausch gbr verrechnet worden sein sollten.
- Die Eintrittsgelder decken die direkten Kosten zwischen 60% und 85% ab
- Die restlichen Kosten sind durch Spenden/Sponsoring abzudecken – diese sind aber kontinuierlich zurück gegangen. In 2013 wurden noch 28% der direkten Kosten durch Sponsoring abgedeckt, in 2016 nur noch 16%

Die Organisation der Veranstaltung „Sommerrausch“ beschäftigt das gesamte Kulturreferat. Zu Beginn der Planung einer jeden Sommerrausch-Veranstaltung sind nicht alle Mitarbeiterinnen gleich intensiv in die Arbeit mit eingebunden. In den Wochen vor der Veranstaltung bleibt aber kaum Zeit für andere Arbeiten. Da aber die weiteren Aufgabenfelder des Kulturreferats nicht komplett unbeachtet liegen bleiben können, ist die Arbeit von ehrenamtlichen Helfer/innen sehr wichtig. Auch hier wird es von Jahr zu Jahr schwieriger, die entsprechende Zahl der Ehrenamtlichen zu aktivieren.

Neben den ehrenamtlichen Helfer/innen und dem Kulturreferat sind aber noch weitere Abteilungen mit dem Sommerrausch befasst, da eine Umsetzung ansonsten neben dem ansonsten stattfindenden Betrieb des Kulturreferats nicht machbar wäre. Dies betrifft die Graphikabteilung, die Druckerei, die Gärtner (Transport von Möbelstücken und ähnlichem), die Bauabteilung (Abnahme der Bühne), Fotograf und Hausmeister, und weitere Personen (Geschirrmobil, ...).

Für das Personal des Kulturreferats, das im Rahmen des Sommerrausches am Wochenende und am Abend länger als bei anderen Veranstaltungen unterwegs ist, fallen zusätzliche Stunden an, die im Normalfall als Freizeitausgleich genommen werden. Dadurch fehlen dann Mitarbeiter/innen zu anderen Terminen, die ebenfalls entscheidend für die Kulturarbeit sind. Somit können die Ziele der Kulturarbeit nicht entsprechend verfolgt werden, auch die Präsenz bei kulturellen Veranstaltungen und die Netzwerkarbeit leiden.

Ebenfalls zum Sommerrausch wird eine relativ große Anzahl an Dienstfahrzeugen benötigt, da viel transportiert werden muss. So z.B. wird im Normalfall der Bus für mehrere Tage benötigt und steht dann nicht zur Verfügung. Im Jahr 2016 waren für den Sommerrausch gleichzeitig bis zu fünf Fahrzeuge im Einsatz.

Das Landratsamt schließt eine Beteiligung als Veranstalter am Sommerrausch ab 2018 nicht vollständig aus, jedoch wären hierfür konzeptionelle Änderungen wie beschrieben notwendig, damit das Landratsamt das Selbstverständnis seines Kulturauftrags schlüssig vertreten kann und nicht eine kommerzielle Veranstaltung unterstützt, von denen es im Landkreis weitere gibt, die auf Unterstützung des Landratsamtes hoffen.

„Sommerrausch auf dem Schlossplatz“ könnte eine sehr gute Alternative sein. In diesem kleineren Rahmen können nicht nur Kosten durch die Verwendung einer kleineren Bühne gespart werden. Auch die Programmgestaltung eröffnet neue Möglichkeiten: so wäre es denkbar, neueren, unbekannteren Künstlern die Chance zu geben, vor einem großen Publikum aufzutreten und mit einem namhaften Künstler statt mit vieren oder mehr zu werben. Ein Programm mit regionalen Künstlern kann ebenso sehr erfolgreich sein. Der Veranstaltungsort Schlossplatz bietet ansässigen Gastronomen eher die Möglichkeit, sich mit einem Angebot an der Veranstaltung zu beteiligen, da die Wege in die Stadt in kürzerer Zeit zu bewältigen sind.

Weitere Vorteile des Schlossplatzes als Veranstaltungsort:

- Auch bei Regen kann aufgebaut werden und es wird nicht matschig

- Durch die etwas geschütztere Lage in der Stadt kühlt es am Abend nicht so aus
- Räumlichkeiten als Garderobe für Künstler sind in der Nähe vorhanden
- Leichtere Stromversorgung
- Kleinere Bühne ausreichend

Weitere Möglichkeiten für die Umsetzung der Veranstaltung auf dem Schlossplatz

- „Sommerrausch auf dem Schlossplatz“ als mehrtägige Veranstaltung
  - z.B. Freitagabend: Konzert für Publikum um die 30/40 Jahre
  - Samstagabend Kabarettfestival
  - Sonntagvor- oder nachmittag Kinderprogramm
  - evtl. in Kombination mit einem verkaufsoffenen Sonntag oder Trödelmarkt (Kunst & Krempel)

Kostensenkungen möglich durch:

- neues Format:
  - kleinere Veranstaltung auf Schlossplatz
  - junge, noch nicht so bekannte Künstler
  - weniger Künstler
  - Kombination: ein oder zwei bekannte Künstler, Rest neue, junge Künstler
  - Ausstattung des Seegartens durch den Fürsten mit Strom- und Toilettenanschlüssen
    - müssen bisher immer alle extra gelegt werden

Landrat Scherf fasst zusammen, dass für die Umsetzung des Sommerrausches 2017 alles nach dem bestehenden Konzept in die Wege geleitet sei. Die am Ende von Frau Fleischmann vorgestellten Möglichkeiten seien konzeptionelle Überlegungen des Landratsamtes, wie man sich eine Weiterentwicklung vorstellen könnte. Die Option sei für Amorbach gegeben, den Sommerrausch auch auf andere Beine zu stellen.

Kreisrätin Kreuzer erklärt, dass Bündnis90/Die Grünen grundsätzlich daran festhalten, im Jahr 2017 den Sommerrausch weiterhin zu veranstalten. Grundsätzlich möchte sie für ihre Fraktion sagen, dass der Landkreis andere Aufgaben habe und kein Eventveranstalter sei. Man habe gesehen, dass der Sommerrausch enorme Kosten und Personalaufwand bedeute. Die Kostensteigerung von Jahr zu Jahr sei auch sehr groß. Das Sponsoring nehme ab. Das Anspruchsdenken der Besucher nehme erheblich zu. Hinter dem Ganzen sehe ihre Fraktion eine wahnsinnige Logistik, die wiederum sehr viel Personal beanspruche. Letztendlich sei es Sache der Kommunen, dafür aufzukommen und das Geld bereitzustellen. Andere Kommunen könnten dann auch Anspruch erheben. Die Fraktion könnte das Ganze in abgespeckter Form auf dem Schlossplatz mittragen. Letztendlich sei die Fraktion Bündnis90/Die Grünen der Auffassung, dass die Veranstaltung des Sommerrausches keine Landkreissache sei und vom Steuerzahler bezahlt werden müsse. Man sollte sich von der Sache verabschieden.

Kreisrat Dr. Kaiser könne sich der Ausführung anschließen. Er ist der Meinung, dass die vorgelegte Konzeption sehr schlüssig sei und der SPD gut gefalle. Es sei darin auch die Möglichkeit enthalten, das Ganze noch zu verbreitern und gleichzeitig die Kosten zu senken. In dieser Form könne man weitermachen. Er dankt Herrn Landrat Scherf für die Vorlage der Vollkosten. Jetzt habe man die Verhandlungsposition, die man im Ausschuss festklopfen sollte, dass man mit diesem Konzept auch mit den entsprechenden Partnern verhandeln könne. Entscheidend sei auch die personelle Belastung. Er ist der Meinung, dass das Kulturreferat den Sommerrausch auf Dauer mit dem momentanen Personal nicht hätte durchfüh-

ren können. Dann hätte wieder eine Stellenaufstockung für das Kulturamt erfolgen müssen, was weiterhin zusätzliche Kosten erfordert hätte. Man müsse sich auf die vorhandenen Ressourcen konzentrieren. Der Umgang mit anderen Kulturveranstaltungen müsse in dieser Angelegenheit auch festgelegt werden.

Kreisrat Dr. Linduschka sei der Ansicht gewesen, wenn der Sommerrausch in dieser Größenordnung nicht funktioniere, dann müsse der Landkreis nicht Träger sein.

Jahrelang sei dieser Sommerrausch genossen worden. Es sei für den Landkreis ein tolles Aushängeschild mit teilweise Alleinstellungsmerkmal am ganzen Untermain gewesen. Dies habe dem Landkreis auch für das öffentliche Image und die Kulturarbeit im Landkreis lange Zeit gut getan. Der Sommerrausch sei eine glänzende Veranstaltung. Wenn man allerdings jetzt an die Grenzen komme, müsse man das akzeptieren.

Er bittet dringend darum, die guten Vorschläge Bürgermeister Schmitt für seine Planungen, die er gerade durchführe, anzubieten. Man könne an Auftritten mit jungen Kabarettisten unter z.B. Einbezug der Zehntscheuer Spaß gewinnen. Wenn es darum gehe, zu sparen, und man hätte nur die Alternative, Sommerrausch oder Chorfestival einzustellen, dann müsse er mit Blick auf die Aufgaben des Landkreises sagen, eindeutig das Chorfestival beizubehalten.

Kreisrat Schwab findet es wichtig, dass nun Klarheit für das Jahr 2017 bestehe und der Sommerrausch stattfinde. Der Sommerrausch sei nicht nur ein Leuchtturmprojekt gewesen, sondern sei die ganze Zeit noch ein Leuchtturmprojekt, gerade auch im südlichen Landkreisteil. Frau Fleischmann habe den Wunsch geäußert, mehr Intimität zu schaffen und kleinere Festivals zu schaffen. Der Sommerrausch allerdings werde in der jetzigen Größenordnung nachgefragt. Dies müsse man auch berücksichtigen. Im vorigen Top habe man darüber gesprochen, ein Programm für die 25- bis 40-jährigen Menschen zu schaffen. Er ist der Meinung, dass gerade der Sommerrausch ein Projekt für diese Altersgruppe sei.

Der genannte Grund, dass das Bauamt mit einbezogen werden müsse, könne er nicht gelten lassen. Bei jedem anderen Fest müsse das Bauamt ebenfalls das Festzelt abnehmen. Dies sei eine normale Tätigkeit. Manche Punkte in der Begründung von Frau Fleischmann könne er nicht ganz nachvollziehen.

Er stellt klar, dass nicht die Stadt Amorbach den Sommerrausch ins Leben gerufen habe. Der Sommerrausch sei vorher lange Zeit in Kleinheubach gewesen. Wenn er sich richtig erinnere, sei es am Anfang ein Gemeinschaftsprojekt des Landkreises Miltenberg mit der Sparkasse gewesen. Dies sei auch zu berücksichtigen.

Landrat Scherf erwidert, dass Kreisrat Schwab damit nicht sage, dass der Sommerrausch nicht weiterentwickelt werden müsse. Der Landkreis suche nicht händeringend nach irgendwelchen Begründungen, sondern wenn man sich die Darstellungen von Frau Fleischmann zu Gemüte führe, müsse man erkennen, dass die bisherige Konzeption des Sommerrausches so nicht aufrecht zu erhalten sei.

Die Ideen des Landkreises könne man niemandem aufzwingen. Der Landkreis sei überzeugt davon, wie es kulturell und für den Landkreis einen Wert hätte. Dies habe Frau Fleischmann dargestellt. Wenn andere Ideen getragen werden sollten, die der Landkreis aber aus der Überzeugung heraus nicht mittragen könne, dann sei es nur fair vom Landratsamt, wenn man dies, wie im Juli diesen Jahres geschehen, den Beteiligten mitteile und Flankenschutz gebe, um die Konzeption zu ändern.

Kreisrat Schwab betont, dass er sich freue, dass nun Klarheit für das Jahr 2017 bestehe. Bürgermeister Schmitt hätte von dieser Entscheidung allerdings auch noch nichts gewusst.

Frau Seidel widerspricht, dass sie sich nach der Kreistagssitzung in der Zeitung geäußert habe, dass man 2017 niemanden im Regen stehen lasse. Dies könne man schon so interpretieren. Weiterhin habe am 4. November eine Sitzung stattgefunden, an der Bürgermeister Schmitt nicht hatte teilnehmen können. Man habe allerdings im Mail- und Briefverkehr mit ihm gestanden. In dieser Sitzung habe man ganz klar gesagt, dass der Sommerrausch 2017

ausgeführt werde. Frau Fleischmann habe Herrn Bürgermeister Schmitt auch eine E-Mail geschrieben. Man warte jetzt nur darauf, dass Bürgermeister Schmitt dem Landratsamt einen Termin mitteile, an dem man sich weiter unterhalten könne.

Landrat Scherf ergänzt, dass er bereits am 28. Oktober 2016 Herrn Mike Bauersachs gesagt habe, dass der Sommerrausch 2017 stattfinden werde. Er nehme überrascht zur Kenntnis, dass gute Nachrichten nicht weitergegeben werden. Am 4. November sei mit allen Akteuren des Sommerrausches alles besprochen worden.

Für Kreisrat Stappel sei es maßgebend, dass der Sommerrausch 2017 stattfinde, und dass der Workshop bevorstehe. Wenn daraus hervorgehe, dass der Sommerrausch machbar sei, stimme die Neue Mitte dafür, wenn nicht, stimme die Fraktion dagegen.

Kreisrätin Kreuzer möchte wissen, wie hoch die Pacht sei.

Landrat Scherf erklärt, dass dies eine Vertragsangelegenheit sei. Er werde nach der öffentlichen Sitzung die Nichtöffentlichkeit herstellen, um diese Frage zu klären.

Für Kreisrat Lieb sei es wichtig, im Workshop über die Frage zu diskutieren, ob der Landkreis bei allen Veranstaltungen, mit denen man sich geschmückt habe, der Veranstalter sein müsse, oder ob man nicht einfach nur einen ordentlichen Zuschuss gebe, womit man alle Sorgen los sei in Sachen Planung usw.

Landrat Scherf erklärt, dass dies wiederum das Problem sei, dass man dann nur eine Veranstaltung bezuschusse. Bei dieser Frage müsse man bedenken, dass in jeder Gemeinde des Landkreises ganz spannende und gute Veranstaltungen gebe, die bezuschusst werden sollten.

Landrat Scherf erklärt abschließend, dass der Workshop im ersten Halbkreis 2017 stattfinden werde, wo man die Möglichkeit von Zuschüssen diskutieren könne.

### **Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.**

Tagesordnungspunkt 6:

#### **Koordinationsstelle für Ehrenamtliche im Bereich Asyl im Landkreis Miltenberg – Umsetzung der „Ehrenamtskoordinatorenrichtlinie“**

Herr Vill trägt vor, dass die Koordination der zahlreichen ehrenamtlichen Flüchtlingshelferkreise im Landkreis Miltenberg schon seit vielen Jahren beim Caritaskreisverband liegt.

Bereits im Zuge der Neubesetzung der hausinternen Ehrenamtskoordinationsstelle im Bereich 1.2 (Helmut Platz) war dies erneut beraten worden mit dem Ergebnis, diese Struktur beizubehalten, weil der Kreiscaritasverband die Vernetzungen und Kontakte bereits seit vielen Jahren hat und pflegt. Außerdem kann die hausinterne Ehrenamtskoordinationsstelle diesen umfangreichen Bereich personell nicht mit abdecken.

Auch im Bildungsausschuss am 29.04.2015 (zum Thema: Beschluss der Sachkostenförderung der Asylsozialberatung) wurde dies so bestätigt

Die Personal- und Sachkosten dafür trug seither Caritas selbst ohne externe Zuschüsse.



## **Ehrenamtskoordinatorenrichtlinie**

Am 18.05.2016 trat rückwirkend zum 01.01.2016 die o.g. neue Ehrenamtskoordinatorenrichtlinie (siehe Anlage) des Freistaats Bayern in Kraft. Danach fördert der Freistaat die jährlichen Gesamtkosten einer Koordinationsstelle für das Ehrenamt im Asylbereich (mind. 0,5 VZK / max. 30.000 € Gesamtkosten) mit 50 %, also maximal 15.000 €.

Anspruchsberechtigt sind die Landkreise. Diese können sich aber Dritter (z.B. Caritas) bedienen. In diesem Fall muss der Landkreis jedoch mindestens 10 % der zuwendungsfähigen Projektausgaben übernehmen, das wären jährlich maximal 3.000 €. Bewilligungszeitraum ist das Kalenderjahr.

## **"Koordinationsstelle Freizeitgestaltung für Flüchtlinge und Asylbewerber" des BRK-Kreisverbandes**

Seit 01.07.2016 betreibt der BRK-Kreisverband nunmehr auch eine "Koordinationsstelle Freizeitgestaltung für Flüchtlinge und Asylbewerber". Sie wurde bei einem Treffen am gleichen Tag, bei dem u.a. Vertreter von BRK, Caritas und Landratsamt dabei waren, vorgestellt.

Die Stelle ist mit einer allgemeinen Koordinationsstelle für Ehrenamtliche für den Asylbereich aber nicht vergleichbar. Nach Aussage des BRK gehe es ausschließlich um niederschwellige Angebote. Man wolle zum Zweck der Freizeitgestaltung für Flüchtlinge und Asylbewerber in die Unterkünfte gehen, hierfür ehrenamtliche Helfer/innen gewinnen und auch Patenschaften errichten. Das Projekt werde von der Fernsehlotterie / Glücksspirale unterstützt. Geleitet wird die Stelle beim BRK von Frau Lucy Hunt.

Es bestand bei dem Treffen Konsens zwischen den Vertretern von BRK, Caritas und Landratsamt, dass

- die Gesamtkoordination des ehrenamtlichen Engagements im Flüchtlingsbereich weiterhin beim Kreis Caritasverband liegen solle, weil dort die Vernetzungen und Kontakte mit den Helfergruppen vor Ort seit Jahren vorhanden sind und gepflegt werden,
- keine Doppelstrukturen in diesem Bereich aufgebaut werden sollen und erst recht keine Konkurrenz um die Ehrenamtlichen entstehen dürfe. Deshalb werde auch die Tätigkeit des BRK in diesem Bereich eng mit Caritas abgestimmt.

Die Thematik wurde am 13.10.2016 auch bei der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Landkreis Miltenberg (ARGE Wohlfahrt) - auch vor dem Hintergrund der staatlichen Förderung - besprochen. Auch dort wurde der o.g. Konsens einhellig mitgetragen.

## **„Koordinationsstelle für Ehrenamtliche im Bereich Asyl im Landkreis Miltenberg“ des Caritasverbandes**

Angesichts der staatlichen Förderrichtlinien erklärte sich der der Kreis Caritasverband bereit, ab 01.11.2016 eine „Koordinationsstelle für Ehrenamtliche im Bereich Asyl im Landkreis Miltenberg“ mit erweitertem Aufgabenbereich neu zu installieren. Damit sollen verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Koordination, Vernetzung und Vermittlung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer im Bereich der Flüchtlingshilfe gewährleisten. Mit Frau Angelika Spalek (Dipl.- Pädagogin, 0,5 VZK) gibt es nunmehr eine zentrale Ansprechpartnerin für Helferinnen und Helfer, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Verbände und Institutionen aus dem gesamten Landkreis Miltenberg. Im Einzelnen wird auf die beiliegende Maßnahmenbeschreibung verwiesen.

Der Kreiscaritasverband erklärte sich bereit, die nach Erhalt der staatlichen Förderung (jährlich bis zu 15.000 €) ungedeckten Personalkosten der Stelle selbst zu finanzieren. Der Zuschuss aus Landkreismitteln von 10 % (jährlich bis zu 3.000 €) muss aber nach den Richtlinien von uns kofinanziert werden.

### **Die wichtigsten Gründe für den Beschlussvorschlag:**

- Aufbau auf eine bewährte Praxis; langjährige Erfahrung sowie bestehende Kontakte und Vernetzungen bei Caritas vorhanden
- die Ehrenamtsstelle des Landkreises Miltenberg kann die Aufgabe zeitlich nicht mit abdecken
- Caritas ist bereit, im Ergebnis 40 % der zuwendungsfähigen (max. 30.000 €) Kosten sowie 100 % der nicht zuwendungsfähigen Kosten der Stelle selbst zu finanzieren; auf den Landkreis kommen nur 10 % der zuwendungsfähigen Kosten zu, also jährlich maximal 3.000 €

### **Vorläufige Entscheidung bis 31.12.2016:**

Um die dringend notwendige Stelle bereits ab 01.11.2016 in Betrieb nehmen und die staatliche Förderung bereits ab diesem Zeitpunkt bekommen zu können, wurde die Förderung für die Zeit bis 31.12.2016 bereits beantragt. Das Bayerische Sozialministerium hat mit Schreiben vom 13.09.2016 auch den „vorläufigen Maßnahmebeginn“ genehmigt, so dass die Stelle, wie geplant, ab 01.11.2016 bis vorläufig zunächst 31.12.2016 in Betrieb gehen konnte.

Am heutigen Tage sei der Bewilligungsbescheid bis 31.12.2016 eingetroffen.

Der Bildungsausschuss entscheidet nun für die Zeit ab 01.01.2017 bis vorläufig 31.12.2020.

Landrat Scherf erklärt, dass der Bedarf da sei. Zum einen sei er konzeptionell davon überzeugt, Aufgaben auf Wohlfahrtsverbände zu verlagern, wo es möglich sei. Die Caritas mache das sehr gut. 2015 sei es auch immer Konsens gewesen, dass Caritas die Asylsozialberatung übernehme und dort immer auch die entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung stelle und übernehme parallel dazu auch die Beratung und Begleitung der Ehrenamtlichen.

Dies mache es im Haus manchmal ein bisschen schwierig, weil den Ehrenamtlichen im Landratsamt nicht richtig weiter geholfen werden könne. Diese Schnittstelle zwischen Amt und ehrenamtlichen Helfern sei eben auf die Caritas verlagert. Zum einen sei es eine gewisse Unabhängigkeit dort, zum anderen sei es fachlich konzeptionell dort aufgehoben, und man schaffe nur die Stellen im Haus, die wirklich geschaffen werden müssten.

Kreisrat Dr. Linduschka weist darauf hin, dass auch die ehrenamtlichen Koordinatoren in den einzelnen Kommunen sicher sehr dankbar dafür seien, wenn sie von Caritas zentral diese Förderung erführen. Es seien sehr viele Aufgaben z.B. mit der Koordination des Deutschunterrichts. Die Leistung der Caritas sei auch unumstritten. Auch die Übernahme der Kosten findet er sehr eindrucksvoll.

Er möchte wissen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit sei, dass dieses staatliche Förderprogramm in der angegebenen Höhe auch in den nächsten Jahren bestehen bleibe.

Herr Vill antwortet, dass es darauf keine Hinweise gebe. Die Verwaltung habe in dem Beschlussvorschlag die Sicherung dahingehend eingebaut, dass der Landkreis Miltenberg höchstens für die Dauer der staatlichen Förderung 10% der nicht zuwendungsfähigen Kosten trage. Wenn die staatliche Förderung eingestellt würde, würde die Landkreisförderung ebenso hinfällig werden. Caritas sei mit der Asylsozialberatung flexibel, daher müsse der

Landkreis auch ab und zu geben in Abhängigkeit von den Flüchtlingszahlen. Wenn die Asylzahlen so weit zurückgingen, dass der Staat diese Förderung einstellen werde, dann sei auch weniger Arbeit da, und Frau Spalek werde dann eine andere Aufgabe bei der Caritas wahrnehmen. Man müsse auch sehen, dass es hier nicht um die Asylsozialberatung gehe. Hier gehe es um die Integration. Die Aufgabe der Ehrenamtlichen sei noch lange nicht abgeschlossen.

### Der Ausschuss fasst den einstimmigen

#### B e s c h l u s s:

1. Es wird zugestimmt, dass der Kreiscaritasverband Miltenberg weiterhin die Aufgabe der Ehrenamtskoordination im Bereich Asyl im Landkreis Miltenberg übernimmt.
2. Die Einrichtung einer „Koordinationsstelle für Ehrenamtliche im Bereich Asyl im Landkreis Miltenberg“ beim Kreiscaritasverband im Sinne der Förderrichtlinien ab 01.11.2016 wird vom Landkreis allgemein sowie nach Maßgabe der nachfolgenden Ziff. 2.1 und 2.2 bis vorläufig 31.12.2020 unterstützt.

2.1 Die grundsätzlich dem Landkreis zustehende Landesförderung für diese Aufgabe wird vom Landkreis an den Kreiscaritasverband weitergegeben.

2.2 Daneben zahlt der Landkreis Miltenberg längstens für die Dauer der staatlichen Förderung 10 % der zuwendungsfähigen Projektausgaben

#### Tagesordnungspunkt 7:

#### **Bewerbung bei der AOK Bayern um finanzielle Förderung einer Präventionsfachkraft**

Herr Dr. Dittmeier trägt vor, dass die Gesundheitsregion plus Miltenberg im Mai 2015 ihre Arbeit aufgenommen hat. Eine ihrer derzeit eingerichteten drei Arbeitsgruppen ist die Arbeitsgruppe „Gesundheitsförderung und Prävention“. Diese hat sich bisher viermal getroffen. Das letzte Treffen fand am 07. Juni 2016 statt. Das nächste ist für den 01. Dezember 2016 vereinbart.

Nach einer Bestandserhebung der im Landkreis bereits vorhandenen Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention sowie einer Bedarfsanalyse anhand von Gesundheitsindikatoren wurden von der Arbeitsgruppe zunächst insgesamt 12 Handlungsfelder identifiziert:

1. Gesunde Ernährung	5. Schwangerschaft / Geburt / Frühe Hilfen	9. Gesunde Lebenswelten
2. Bewegungsförderung	6. Kinder- und Jugendgesundheit	10. Menschen mit Migrationshintergrund
3. Entspannung	7. Frauen- und Männergesundheit	11. Gesundheitliche Chancengleichheit
4. Suchtvorbeugung	8. Ältere Menschen	12. Sonstige verhaltens- und verhältnispräventive Maßnahmen

Daraus wurden in einem nächsten Schritt drei Handlungsfelder als besonders wichtig und vordringlich priorisiert:

1. Gesunde Lebenswelten
2. Kinder- und Jugendgesundheit
3. Gesundheit von Menschen mit Migrationshintergrund

Außerdem hat die Arbeitsgruppe noch das jeweilige Jahresschwerpunktthema des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (2015: „Kindergesundheit“; 2016: „Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“) zu bearbeiten.

Wie die bisherige Arbeit der Gruppe zeigt, ist zwar allen Gruppenmitgliedern die Notwendigkeit weiterer gesundheitsfördernder und -präventiver Angebote und Projekte sowohl für die Bevölkerung als auch für spezielle Bevölkerungsgruppen im Landkreis bewusst und besteht diesbezüglich auch volle Übereinstimmung, dennoch fehlt es aber allen Mitgliedern bzw. ihren jeweiligen Diensten und Einrichtungen an den dafür erforderlichen personellen und zeitlichen Ressourcen, um hier Weiteres bzw. Neues zu initiieren, zu organisieren, vorzubereiten und schließlich auch durchzuführen. Die hierfür erforderliche operative Arbeit ist auch von der Geschäftsstellenleiterin der Gesundheitsregion plus alleine nicht leistbar.

Je weiter die Arbeit der Gesundheitsregion plus voranschreitet und je mehr Angebote und Projekte für die Bevölkerung bzw. einzelne Bevölkerungsgruppen als wichtig und durchführungsbedürftig erkannt werden, desto mehr wird deutlich, dass diese nicht ohne zusätzliche Arbeitskraft angegangen und umgesetzt werden können.

#### **1. Abhilfemöglichkeit:**

Eine Abhilfemöglichkeit hierfür könnte das Projekt der AOK Bayern „Gesunde Kommune“ und im Rahmen einer dortigen Förderung die Einstellung einer Präventionsfachkraft für den Landkreis Miltenberg sein.

Aufgrund des in seinen wesentlichen Teilen im Juli 2015 in Kraft getretenen Präventionsgesetzes hat die AOK Bayern diesen Fördertopf eingerichtet, der qualitätsbasierte Projekte von Kommunen im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention unterstützen soll. Eine Projektförderung ist neuerdings bis zu vier Jahren möglich.

Die Gesundheitsregion plus stellt mit ihrer Struktur genau die Basis für solche Projekte dar. Die strategische Ausrichtung der Präventionsprojekte wird durch ihre jeweiligen Gremien, Gesundheitsforum sowie Arbeitsgruppe „Gesundheitsförderung und Prävention“, gesteuert und sichergestellt.

Nach einem Gespräch der Geschäftsstellenleiterin unserer Gesundheitsregion plus, Frau Judith Seidel, mit der zuständigen Sachbearbeiterin des Bereichs „Gesundheitsförderung“ bei der AOK Bayern ist eine Übernahme der Personalkosten möglich und müsste der Landkreis lediglich einen Teil der Sachkosten bspw. für den Raum und für Büromaterial übernehmen. Laut Auskunft der Sachbearbeiterin ist es dabei auch egal, um wie viele Stunden es sich in der Woche handelt.

Die Stadt Aschaffenburg hat bereits seit Mai 2015 eine Fachkraft für kommunales Gesundheitsmanagement mit 15 Stunden in der Woche beschäftigt. Deren Stundenumfang ist nun durch Mittel aus diesem Fördertopf um weitere 15 Stunden auf insgesamt 30 Wochenstunden aufgestockt worden.

Bei der beruflichen Qualifikation der Präventionsfachkraft sollte es sich um ein abgeschlossenes Studium der Gesundheitswissenschaften, der Sozialen Arbeit oder ein vergleichbares

Hochschulstudium mit einem Ausbildungsschwerpunkt im Bereich der Gesundheitsförderung / gesundheitlichen Prävention handeln.

An Stellenumfang wird aufgrund der fast doppelten Einwohnerzahl zur Stadt Aschaffenburg und des hier bereits laufenden Projektes der Gesundheitsregion plus eine Vollzeitstelle vorgeschlagen.

Die Präventionsfachkraft soll die Geschäftsstellenleitung der Gesundheitsregion plus im Bereich der Gesundheitsförderung und gesundheitlichen Prävention unterstützen und mit dieser eng zusammen-arbeiten.

Folgende Tätigkeiten sollen von der Präventionsfachkraft u.a. erledigt werden:

- Zuarbeiten für die Geschäftsstellenleitung in allen Fragen der Gesundheitsförderung und Prävention
- Erstellung eines Social-Media-Konzeptes (z.B. Facebook) und Durchführung einer regelmäßigen Öffentlichkeitsarbeit über diese Plattform
- Evaluation, Anpassung und Stärkung der Angebote und Projekte zur Gesundheitsförderung und Prävention im Landkreis
- Planung, Organisation und Durchführung von Gesundheitsförderungsprojekten zum Beispiel in Kindertageseinrichtungen und Schulen, für Menschen mit Migrationshintergrund sowie im Bereich weiterer vom Gesundheitsforum bzw. von der Arbeitsgruppe „Gesundheitsförderung und Prävention“ festgelegter Handlungsfelder
- Ansprechperson für Gemeinde- und Bürgeranliegen u.a. auch hinsichtlich gemeindebezogener Gesundheitsförderung (Gesunde Kommune, Quartierskonzepte etc.)

Das Gesundheitsforum als zentrales Management- und Steuerungsgremium der Gesundheitsregion plus hat in seiner Sitzung am 28.09.2016 dem Landkreis Miltenberg vorgeschlagen, sich bei der AOK Bayern um die finanzielle Förderung einer Präventionsfachkraft für den Landkreis im Rahmen des Projektes „Gesunde Kommune“ zu bewerben.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

- 2017: Gesamtausgaben 75.000 €, davon Eigenausgaben 8.000 €
- 2018: Gesamtausgaben 77.000 €, davon Eigenausgaben 8.000 €
- 2019: Gesamtausgaben 79.000 €, davon Eigenausgaben 8.000 €
- 2020: Gesamtausgaben 81.000 €, davon Eigenausgaben 8.000 €

Landrat Scherf sagt, dass es Dr. Dittmeier gelungen sei, die fachliche Notwendigkeit dieser Stelle darzulegen. Gerade, wenn man sich die Arbeit der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> im Bereich der Gesundheitsvorsorge anschaut, habe man die Problematik, wie diese Projekte umgesetzt werden könnten. Dies sei ehrenamtlich nicht möglich. In den beiden anderen Arbeitskreisen, bei der Gesundheitsversorgung und auch im Pflegebereich, da habe man professionelle Akteure, zu deren Aufgabenbereich die Prävention gehöre.

Kreisrat Dr. Linduschka sagt, dass Prävention ein zentraler Punkt in der Gesundheitsregion sei. Dies merke man auch an den Fördermitteln. Auch bei den Ärzten sei flächendeckend die

Überzeugung gegeben, dass wir so viele Lücken in der Prävention für Menschen zwischen 25 und 40 Jahren hätten. Daran müsse man arbeiten. Bedarf und Interesse sei auch bei kleinen und mittleren Firmen da. Dies könne sich noch steigern. Dafür sei eine solche Fachkraft geeignet.

### **Der Ausschuss fasst den einstimmigen**

#### **B e s c h l u s s:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, sich bei der AOK Bayern um die finanzielle Förderung einer Präventionsfachkraft für den Landkreis Miltenberg im Rahmen des Projektes „Gesunde Kommune“ zu bewerben.
2. Dem Kreistag wird empfohlen, die Stelle einer Präventionsfachkraft mit der Entgeltgruppe EG 10 in den Stellenplan 2017 aufzunehmen. Die Besetzung erfolgt nur, wenn und solange die Stelle von der AOK Bayern gefördert wird.

Tagesordnungspunkt 8:

#### **Keine Anfragen**

gez.

**Scherf**  
Vorsitzender

gez.

**Zipf-Heim**  
Schriftführerin